
1 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

2
3 Der Landesparteitag fordert den Senat auf, die Vergabe von öffentlichen Aufträgen im
4 Lande Bremen einer zentralen Vergabestelle zu übertragen.
5

6 **Begründung:**

7 Öffentliche Aufträge und Vergaberegelungen sind für kleine und mittlere Unternehmen
8 sowie Handwerksbetriebe von zentraler Bedeutung und ein wichtiger Umsatzfaktor. Durch
9 eine entsprechende Gestaltung der Vergaberegelungen eröffnet sich der Öffentlichen
10 Hand zugleich die Möglichkeit zu einer Wirtschaftsförderung von regionalen mittelständischen
11 Unternehmen.
12

13 In Bremen wird die Vergabe öffentlicher Aufträge durch eine Vielzahl unterschiedlicher
14 Stellen durchgeführt. Dieses verursacht hohe Kosten für die Unternehmen und die Verwal-
15 tungen, die vermeidbar wären.
16

17 Eine Zentralvergabe der Aufträge würde demgegenüber deutliche Vorteile bieten. Die
18 Aufträge könnten von den Anbietern einfacher gefunden werden, zudem wären einheitliche
19 standardisierte Anträge und Verfahren möglich.
20

21 Bisher müssen für jedes einzelne Angebot zudem zahlreiche Nachweise erbracht werden.
22 Diese könnten jedoch einfach einmalig bei der zentralen Vergabestelle hinterlegt werden,
23 es wäre dann nur noch eine Aktualisierung notwendig.
24

25 Ferner sollten die Nachweise auf den unbedingt notwendigen Umfang verringert und die
26 Ausschlussgründe von Anbietern nur wegen formaler Fehler reduziert werden.
27

28 Dies wäre eine wesentliche Erleichterung für die mittelständischen Unternehmen in Bre-
29 men. Die Zusammenlegung der vergebenden Stellen würde nicht nur deutliche Kostenein-
30 sparungen bewirken, sie wäre auch ein vorbildlicher Schritt zu einer Verwaltungsreform,
31 die ihren Namen verdient. Es wäre jedoch darauf zu achten, dass die entstehenden Kos-
32 tenvorteile auch zu einer Reduzierung des erforderlichen Personals genutzt werden.